

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

16. WP - 14. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Februar 2006, 14 Uhr  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Günther Hildebrand (FDP)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht der Landesregierung über die Verteilung von Subventionen</b>	<b>5</b>
Antrag des Abg. Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 16/528	
hierzu: Umdruck 16/587	
<b>2. Bericht der Landesregierung über die Auswirkungen des Fleischskandals auf Schleswig-Holstein und die Maßnahmen der Landesregierung, um zu verhindern, dass künftig nicht für den menschlichen Verzehr geeignetes Fleisch in den Lebensmittelverkehr gebracht wird</b>	<b>7</b>
Antrag des Abg. Lars Harms (SSW) Umdruck 16/408	
hierzu: Umdruck 16/588	
<b>3. Keine Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke</b>	<b>9</b>
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/304	
<b>4. Sichere Lebensmittel - Besserer Verbraucherschutz Lebensmittelüberwachung effizienter gestalten</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/425 (neu) Nr. I	
Änderungsantrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/447	
Mündlicher Bericht der Landesregierung	

- 
- |           |  |           |
|-----------|--|-----------|
| <b>5.</b> | <b>Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der in den Jahren 1960 beziehungsweise 1962 eingerichteten Förderfonds</b> | <b>11</b> |
|           | Gesetzentwurf der Landesregierung<br>Drucksache 16/435 (neu)   |           |
|           | hierzu: Umdruck 16/518   |           |
| <b>6.</b> | <b>Situation und Entwicklung des Milchmarktes</b>  | <b>12</b> |
|           | Bericht der Landesregierung<br>Drucksache 16/415   |           |
| <b>7.</b> | <b>Bericht über die trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit</b>   | <b>13</b> |
|           | Bericht der Landesregierung<br>Drucksache 16/418   |           |
| <b>8.</b> | <b>Verschiedenes</b>   | <b>14</b> |

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Bericht der Landesregierung über die Verteilung von Subventionen**

Antrag des Abg. Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Umdruck 16/528

hierzu: Umdruck 16/587

St Rabijs berichtet über die Verteilung von Subventionen und sagt zu, dem Ausschuss den mündlich vorgetragenen Bericht in schriftlicher Form zukommen zu lassen (siehe Umdruck 16/587).

Abg. Hentschel bezieht sich auf den aus Umdruck 16/528 ersichtlichen Zeitungsartikel und fragt danach, zu welchem Anteil Subventionen den weiterverarbeitenden Betrieben zugute kämen. St Rabijs antwortet, Subventionen aus der ersten und zweiten Säule der EU-Agrarförderung flössen nicht in die Industrie. RL Terwitte weist auf die unterschiedliche Situation hinsichtlich der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein und in Dänemark hin.

Abg. Harms möchten wissen, inwieweit Schleswig-Holstein von Subventionen im Bereich der Exporterstattung abhängig sei. RL Terwitte legt dar, die schleswig-holsteinische Produktionsstruktur betreffe Bereiche, die in den letzten zehn bis 20 Jahren radikal reformiert worden seien. Auf dem Getreidemarkt werde jetzt ohne Ausgleichszahlungen exportiert. Beim Rindfleisch werde derzeit die Transporterstattung für Lebensvieh abgeschafft. Im Übrigen habe sich dieser Markt auch erholt, sodass hier nicht mehr so viele Subventionen benötigt würden. Die in dem Zeitungsartikel angesprochenen Produkte beträfen im Wesentlichen „südliche Produkte“, bei denen eine Reform noch nicht stattgefunden habe.

Abg. Ehlers erinnert daran, dass die hier in Rede stehenden Subventionen im Jahr 1992 als Preisausgleichszahlungen eingeführt worden seien. Zweck sei gewesen, deutsche Produkte trotz der hohen Produktionskosten international wettbewerbsfähig zu machen. Zum Bereich der Ernährungsindustrie vertritt er die Auffassung, dass in der Vergangenheit vieles in Schleswig-Holstein kaputtgegangen sei. Werde hier keine Unterstützung gewährt, erfolgten auch in Zukunft weitere Einbrüche.

Abg. Hentschel macht deutlich, dass unter europäischen Verhältnissen eine konkurrenzfähige Landwirtschaft in Schleswig-Holstein ohne Subventionen nicht möglich sei. Ihm gehe es bei diesem Tagesordnungspunkt um die Subventionen und um die Verteilung derselben. Dasselbe gelte für die Ernährungsindustrie.

Abg. Dr. Höppner spricht die in den Zeitungsartikel genannten zwei dänischen Firmen an und macht deutlich, dass es sich dabei um genossenschaftlich organisierte Betriebe handele. Betrachte man die Anzahl der Genossenschaftler, relativierten sich die in dem Presseartikel genannten Angaben.

Im Rahmen einer kurzen Diskussion über eine flächen- oder produktionsbezogene Förderung landwirtschaftlicher Betriebe macht St Rabijs deutlich, dass sich der Bund und die Länder auf eine bestimmte Umsetzungsform der EU-Förderung geeinigt hätten. Die Länder seien hier in ihrer Entscheidung nicht frei. Ziel der Verhandlungen sei, das Subventionssystem WTO-fest zu machen. Er gehe davon aus, dass dies gelingen werde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Auswirkungen des Fleischskandals auf Schleswig-Holstein und die Maßnahmen der Landesregierung, um zu verhindern, dass künftig nicht für den menschlichen Verzehr geeignetes Fleisch in den Lebensmittelverkehr gebracht wird**

Antrag des Abg. Lars Harms (SSW)  
Umdruck 16/408

hierzu: Umdruck 16/588

St Rabijs berichtet über die Auswirkungen des Fleischskandals auf Schleswig-Holstein und die Maßnahmen der Landesregierung, um zu verhindern, dass künftig nicht mehr für den menschlichen Verzehr geeignetes Fleisch in den Lebensmittelverkehr gebracht wird. Er sagt zu, dem Ausschuss den mündlich vorgetragenen Bericht in schriftlicher Form zukommen zu lassen (Umdruck 16/588).

Abg. Hentschel fragt nach den in der Vergangenheit durchgeführten Kontrollen und der Einführung eines anonymen Telefons.

Abg. Harms bittet um Auskunft über den prozentualen Anteil von Gammelfleisch in Schleswig-Holstein. Außerdem bittet er um Darstellung der neuesten Erkenntnisse bezüglich einer Presseberichterstattung über einen Betrieb in Neumünster in der letzten Woche.

Abg. Rodust erkundigt sich danach, ob es in diesem Bereich in der Bundesrepublik mafiöse Züge gebe.

St Rabijs wendet sich zunächst dem Thema Kontrollen zu und legt dar, in der Vergangenheit sei stichprobenweise kontrolliert worden. Nach dem Skandal sei eine Hundertprozentkontrolle erfolgt. Eine derartige sei nicht immer möglich, weil hierfür Kapazitäten aus anderen Bereichen abgezogen werden müssten. Die Hundertprozentkontrolle habe im Prinzip den in Vergangenheit durchgeführten stichprobenhaften Kontrollen entsprochen. - Anonymen Hinweisen sei die Landesregierung auch in der Vergangenheit immer nachgegangen. - Der in Schleswig-Holstein entdeckte auffällige Anteil an Fleisch habe im Promillebereich gelegen.

AL Börner ergänzt, in der vergangenen Woche sei das Thema auf Bund-Länder-Ebene diskutiert worden. Dabei sei der Frage nachgegangen worden, ob mafiöse Strukturen erkennbar

sein. Darauf gebe es keine Hinweise. - Polizeikontrollen des durchreisenden Verkehrs beinhalteten in der Regel nicht mehr als die Kontrollen der Papiere und der Kühltemperatur. - Die in Schleswig-Holstein durchgeführten Kontrollen der Lebensmittelkontrolleure erfolgten unangekündigt und nach einem Risikosystem. - Eine Kontrolle der Kühlhäuser sei schwierig; hier werde in der Regel ein Teil des Kühlhauses zur Lagerung vermietet; Feststellungen beispielsweise aufgrund von Gerüchen seien nicht möglich. - Beim Bundesamt für Verbraucherschutz sei eine Info-Hotline eingerichtet worden. Die Hinweise würden an die zuständigen Kreise weitergeleitet, die diesen nachgingen.

Frau Dr. Jüpner ergänzt, die Kontrollmöglichkeiten auf Autobahnen seien begrenzt. Durchgeführt würden geplante Aktionen gemeinsam von Polizei, Zoll und Veterinärämtern. Darüber hinaus würden die Veterinärbehörden verständigt, wenn Zoll oder Polizei bei eigenen Kontrollen entsprechende Feststellungen trafen. Auch diese Kontrollen seien stichprobenhaft.

Sie wendet sich sodann dem durch Presseberichterstattungen bekannt geworden Vorfall in Neumünster zu. Sie führt aus, hier habe es sich nicht um Gammelfleisch gehandelt, sondern um Geflügelfleisch, das zum Frischverbrauch bestimmt gewesen, aber eingefroren worden sei. Daraufhin sei eine Probe genommen und untersucht worden. Das Fleisch sei nicht verdorben gewesen. Nachgewiesen worden seien Salmonellen; das sei aber bei Frischgeflügelfleisch häufiger Befund. Im Zusammenhang damit sei eine Durchsuchung eines Großhändlers durchgeführt worden. Im Zuge dieser Durchsuchung seien circa 12 t Fleisch sichergestellt und der Vernichtung zugeführt worden. Auch dieses Fleisch sei nicht verdorben gewesen, sondern eingefroren, obwohl es zum Frischverbrauch bestimmt gewesen sei. Dabei handele es sich um einen Verstoß gegen die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung.

Auf Nachfragen von Abg. Hentschel erläutert Frau Dr. Jüpner, das Einfrieren von Fleisch sei nicht grundsätzlich verboten. In dem vorliegenden Fall handele es sich um einen Sonderfall, weil das Fleisch mit einem Verbrauchsdatum gekennzeichnet gewesen sei.

Eine Nachfrage des Abg. Hildebrand beantwortet Frau Dr. Jüpner damit, dass sich das Schengen-Abkommen auf den Personenreiseverkehr beziehe. Dieses Abkommen habe keinen Einfluss auf den innergemeinschaftlichen Handel gehabt. Dieser sei innerhalb der Europäischen Union frei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.



Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Keine Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/304

(überwiesen am 10. November 2005 an den **Wirtschaftsausschuss** und den  
Umwelt- und Agrarausschuss)

Auf eine Frage des Abg. Harms legt AL Dr. Sauer dar, für das vom SSW verfolgte Ziel, dass die Energieunternehmen die Kosten für die Verlegung von Seekabeln und damit verbundenen weiteren Kosten für den Anschluss von Offshore-Windparks auf See zu tragen hätten, sei nicht eine Änderung des EEG, sondern § 43 des Energiewirtschaftsgesetzes notwendig. Er sehe derzeit keine Chance für eine derartige Änderung auf Bundesebene.

Abg. Nabel weist darauf hin, dass derzeit eine Novellierung des EEG anstehe. Er schlägt vor, eine Entscheidung über den Antrag bis zu einer Entscheidung auf Bundesebene zurückzustellen. - Abg. Harms erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Abg. Hentschel appelliert an die Regierungsfractionen und die Landesregierung, nachdrücklich die schleswig-holsteinischen wirtschaftspolitischen Interessen im Bereich der Energiepolitik zu vertreten.

Abg. Nabel hält dies für gewährleistet. Er erinnert an die Gestaltung des EEG in der jetzigen Form und die diesbezügliche Unterstützung der damaligen Landesregierung. Im Übrigen hält er das Verhältnis der monetären Förderung beispielsweise zwischen Kohle und erneuerbaren Energien für diskussionswürdig.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Sichere Lebensmittel - Besserer Verbraucherschutz  
Lebensmittelüberwachung effizienter gestalten**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/425 (neu) Nr. I

Änderungsantrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/447

(überwiesen am 14. Dezember 2005 an den **Sozialausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 14. Dezember 2005 an den **Sozialausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss schließt sich dem Votum des federführenden Sozialausschusses an: Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/425 (neu) Nummer I, für erledigt zu erklären. Er nimmt zur Kenntnis, dass der Änderungsantrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/447, zurückgezogen worden ist. Er nimmt den mündlichen Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der in den Jahren 1960 beziehungsweise 1962 eingerichteten Förderfonds**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/435 (neu)

(überwiesen am 15. Dezember 2005 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Europaausschuss)

hierzu: Umdruck 16/518

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Innen- und Rechtsausschuss beabsichtigt, am 15. Februar 2006 eine ausführliche Beratung durchzuführen, und stellt die Beratung des Staatsvertrages zunächst zurück.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Situation und Entwicklung des Milchmarktes**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/415

(überwiesen am 16. Dezember 2005 zur abschließenden Beratung)

St Rabijs gibt einen groben Überblick über den schriftlich vorliegenden Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/415. Dabei geht er insbesondere auf die Bundesratsinitiative Schleswig-Holsteins hinsichtlich der Änderung der Milchquote sowie auf die Meiereistruktur Schleswig-Holsteins ein.

Abg. Ehlers begrüßt die Bundesratsinitiative des Landes Schleswig-Holstein und hält eine Änderung der Molkereistruktur in Schleswig-Holstein für notwendig.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Bericht über die trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/418

(überwiesen am 27. Januar 2006 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und  
den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

St Rabijs gibt einen groben Überblick über den schriftlich vorliegenden Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/418. Dabei geht er insbesondere auf die Themen Ausweisung als Weltnaturerbe und Weiterführung des Wattenmeerforums ein.

Abg. Harms fragt nach einer möglichen Ausweisung auch als Weltkulturerbe sowie nach alternativen Küstenschutzmaßnahmen.

St Rabijs macht darauf aufmerksam, der Vorschlag, das Gebiet des Wattenmeers auch als Weltkulturerbe auszuweisen, sei nicht neu. Diesem sei bisher eher ablehnend begegnet worden. Frau Knoke ergänzt, diese Frage sei im Landtag bereits in der 15. Wahlperiode diskutiert worden. Sie verweist auf diese Debatte sowie deren Ergebnis: Bei Enthaltung der FDP sei beschlossen worden, das Thema nicht weiter zu verfolgen.

St Rabijs wendet sich sodann dem Thema alternative Küstenschutzmaßnahmen zu und legt dar, hier gebe es eine enge Zusammenarbeit mit den Niederlanden und mit Dänemark. Ein Termin beim ALR Husum hinsichtlich des vom Umwelt- und Agrarausschuss besichtigten Küstenschutzprojektes in Dänemark sei noch nicht festgelegt. Hinsichtlich dieses Projektes bestünden in seinem Hause im Augenblick durchaus Vorbehalte; es sollte allerdings gemeinsam diskutiert werden.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Der Ausschuss verschiebt den für den 7. Juni vorgesehenen Sitzungstermin auf den 16. Juni. Er beabsichtigt, eine Einladung der Arbeitsgemeinschaft Grundbesitz zu folgen und einen der Mitgliedsbetriebe zu besichtigen (gegen 15 Uhr) Der Zeitraum zwischen 13 und 15 Uhr soll für eine Beratungssitzung genutzt werden.
  
- b) Als neuen Termin für das „Neujahrsessen“ gemeinsam mit dem Minister legt der Ausschuss Mittwoch, den 23. März 2006, fest.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin